

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 19

Artikel: Privatsphäre ganz klein geschrieben : Polen: Gemeinschaftsheime oder Massenlager?
Autor: Révész, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094375>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polen: Gemeinschaftsheime oder Massenlager?

Privatsphäre ganz klein geschrieben

Eines der schwierigsten sozialen Probleme Polens war und bleibt die anscheinend unlösbare Wohnungsfrage. Ein Teil der Bevölkerung lebt immer noch – wie auch in der UdSSR (siehe ZB Nr. 3/85) – in Gemeinschaftsheimen oder Wohnungen mit mehreren Familien zusammen. Die Bürger setzen alles ein, um irgendwie eine eigene Wohnung oder mindestens einen eigenen Wohnungsteil zu bekommen. Nach Feststellung der polnischen Presse leben heute 80 % der städtischen Familien mit Kindern in eigenen Wohnungen, auch wenn diese unkomfortabel sind; auf dem Lande steht es wesentlich schlechter. Die jungen Ehepaare mit Kind(ern) leben immer noch unter den schwersten Bedingungen (Rzeczpospolita, 12. 8. 1983, S. 4.– A. Zielinski).

Warten . . . warten . . .

Im allgemeinen beträgt die Wartezeit für eine Wohnung in Warschau 15 Jahre, auf dem Lande in der Regel noch länger. Trotzdem wird der Plan für Wohnbau nicht erfüllt.

Viele wollen sich einer Wohnbaugenossenschaft anschliessen, um nicht 15 Jahre oder noch länger auf eine Wohnung warten zu müssen (Trybuna Ludu, 7. 2. 1984, S. 3 – Wodzicki). 1984 warteten in Polen 625 800 Wohnbaugenossenschafter auf Zuteilung einer Wohnung, wohlverstanden nach Bezahlung ihrer Beiträge. Die Zahl der Genossenschafts-Bewerber belief sich gleichzeitig auf 1 309 500. 64 % von ihnen haben überhaupt keine Wohnung, 10 % leben in überfüllten Räumlichkeiten mit weniger als 5 m² pro Kopf (Polytika, 14. 1. 1982, S. 2), 80 % der bereits aufgenommenen Mitglieder leben unter den schwersten Bedingungen ohne eigenen Wohnraum. Über 50 % von ihnen wurden schon vor 1977 Genossenschaftsmitglieder. Im vergangenen Jahr brauchten zwei Millionen Bürger dringend eine Wohnung.

1980 wurden 217 000, 1983 nur noch 175 000 neue Wohnungen frei (Trybuna Ludu, 11. 1. 1984, S. 3). Auslandspolen können gegen Devisen leichter Genossenschaftswohnungen erhalten als die Einheimischen. Seit dem 1. Ja-

nuar 1984 haben sie Priorität (Prawo i zycie, 1. 9. 1984, Jerzy Krzekotowski).

Protektion als Zauberwort

Diejenigen, die ausserstande sind, die Beiträge für die Wohnungsgenossenschaft zu bezahlen, unterbreiten ihr Gesuch der Wohnungsabteilung des zuständigen Nationalrates. Es handelt sich dabei um Familien, die unter noch schlechteren Bedingungen leben als die zahlungskräftigen Anwärter der Genossenschaften. Diese sogenannten Kommunalwohnungen sollten jenen Familien zugeteilt werden, bei denen das durchschnittliche Einkommen nicht mehr als 75 % des niedrigsten Einkommens beträgt.

Selbst die offizielle Regierungszeitung betont jedoch, dass bei der Zuteilung der Wohnungen sehr viele Unregelmässigkeiten und Missbräuche begangen wurden und werden. Die Listen der Bewerber müssen öffentlich ausgehängt werden; bei der Zuteilung sollte die zuständige «gesellschaftliche Kommission» des Nationalrates berücksichtigt werden. Die Zeitung zählt jedoch zahlreiche Fälle auf, wo die Wohnungen jenen zugeteilt wurden, die nicht auf der Liste aufgeführt waren, die unter besseren Bedingungen wohnten und über die notwendige Protektion verfügten (Rzeczpospolita, 24. 4. 1984, S. 3: Wie wurden die Wohnungen zugeteilt).

Zahlungskräftigere Polen versuchen auch durch individuelle, vom Staat mit Anleihen unterstützte Bautätigkeit eine Wohnung zu erkämpfen. 1984 befanden sich über 200 000 private Wohnungen im Bau, sie konnten jedoch wegen fehlenden Baumaterials nicht fertiggestellt werden. Der Plan sah für 1983 den Bau von 60 000 individuellen Wohnungen vor, es wurden aber nur 14 000 gebaut (Trybuna Ludu, 3. 8. 1984, S. 1. Schlange für Wohnung von Miedzyslaw Wodzicki).

Hotels ohne Komfort . . .

Mehr als 20 000 junge Familien mit Kindern wohnten 1984 in sogenannten Arbeiterhotels,

und dies seit vielen Jahren und ohne Aussicht, einen eigenen Wohnraum zu erhalten (Trybuna Ludu, 6.–8. 7. 1984, S. 1. Marek Jurtkowicz: Wenn das Hotel Wohnung wird). Zahlreiche verheiratete und nichtverheiratete Arbeiter wohnen in Arbeiterhotels; nach offiziellen Angaben im laufenden Jahre 300 000. Eine Erhebung Ende der 70er Jahre – durchgeführt vom Statistischen Hauptamt – zeigte, daß 75 % der Hotelbewohner Personen unter 29 Jahren sind. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche beträgt 6,2 m²; die meisten Zimmer sind für zwei oder drei Personen berechnet, in vielen wohnen aber mehrere Jugendliche, sogar ganze Familien, zusammen.

. . . und ohne Gäste

Nach offiziellen Berichten verfügen nur 35 % der Hotels über Gemeinschaftsräumlichkeiten (sogenannte Klubs). In einem Drittel der Hotels gibt es Werkküchen, die aber nur an Werktagen im Betrieb sind. In den meisten Hotels gibt es jedoch keinen Platz für Küchen, zur Aufbewahrung der Lebensmittel und persönlicher Sachen. Es fehlt an Waschmaschinen und -räumlichkeiten usw. Die Schlussfolgerung der vom Statistischen Hauptamt durchgeführten Erhebung lautet: Diese Hotels sind reine Übernachtungsplätze; ein weiteres Bewohnen wie Lesen, Lernen usw. ist nicht möglich. Ausserdem herrscht in den polnischen Arbeiterheimen – wie auch in den sowjetischen – eine grosse Unordnung und Disziplinlosigkeit. Jedes Hotel hat ein eigenes Reglement mit zahlreichen Verboten; dieses verbietet u. a., Gäste in den Hotels zu empfangen.

Die Bewohner dieser Hotels können kein normales Leben führen. Die Aussicht, einen eigenen Wohnraum zu erhalten, ist sehr gering, beinahe unmöglich. Ehepaare und junge Familien geniessen allerdings gewisse Privilegien: Sie können sich von den Gemeinschaftsheimen etwas früher «befreien» als die Alleinstehenden. Diese schlechten Wohnverhältnisse beeinträchtigen das Familienleben und wirken sich negativ auf das seelische und körperliche Befinden aus. Da viele junge Ehepaare getrennt leben müssen, z. B. bei den jeweiligen Eltern, steigt

die Zahl der Scheidungen: 1970: 34 500; 1980: 39 800; 1983: 46 000 (Rzeczpospolita, 14. 12. 1983, S. 3).

Plan bleibt Plan

Jungen Wissenschaftlern geht es nicht besser. Die meisten Hochschulen (es gibt ihrer 89) haben eigene Assistentenhotels, wo die Lebensbedingungen aber ebenso schlecht sind wie in den Arbeiterhotels.

Zwischen 1978 und 1982 hätte das Hochschulministerium 100 000 sogenannte Rotationswohnungen für junge Wissenschaftler bauen lassen sollen; der Plan blieb jedoch Plan. Einflussreichere Assistenten wohnen im «Haus der jungen Wissenschaftler», wo die Bedingungen etwas besser sind: in jedem Stockwerk wohnen je zehn Familien, und auf sie entfallen zwei Küchen mit einem Gasherd mit vier Platten, zwei WC und ein Badezimmer. Aber nur 50 % dieser Einrichtungen sind funktionstüchtig. Ein junger Wissenschaftler erklärte dazu: Für einen alleinstehenden jungen Mann, der hier nur einige Monate leben will, wären diese Wohnungen ideal (20 m² Fläche für eine Familie), nicht aber für Familien, die keine Aussicht haben, in absehbarer Zukunft eine bessere Wohnung zu erhalten.

Drei Schritte lang

Ein junger Assistent aus Warschau und seine Frau, eine Lehrerin, erzählen: «Wir mieteten ein feuchtes, dunkles Zimmer in einem alten Haus mit Bad und Küchenbenützung... Die Hausbesitzerin kündigte uns, als sie erfuhr, dass meine Frau schwanger war. Es war unmöglich, ein anderes Zimmer zu erhalten. Meine Frau wohnte schliesslich mit unserem Kind bei ihren Eltern, und ich suchte mir in Untermiete ein Zimmer und erhielt später einen Platz im Assistentenhotel. Nach einigen Monaten gelang es mir, die Erlaubnis zu erhalten, mit Frau und Sohn dort zu wohnen... Unsere «Wohnung» besteht aus einem sauberen, hellen Zimmerchen, ich könnte die Länge mit drei Schritten abmessen, aus einem kleinen Badezimmer und aus Vorzimmer... Im Assistentenhotel wohnen wir auch heute noch... Unsere Bekannten sind nicht beleidigt, wenn wir sie im Badezimmer empfangen, weil ein Gespräch im Zimmer den Kleinen sofort wecken würde... Wir wohnen jetzt schon sieben Jahre im Hotel, mein Sohn geht in die zweite Klasse der Grundschule; wir haben keine Chance, eine eigene Wohnung zu bekommen» (ähnliche Beispiele: Laszlo Révész: Studenten im Sozialismus, Wien 1981, S. 99).

Nichts Menschliches bleibt fremd

Und hier einige Schilderungen aus einem Brief eines Krakauer Studenten. Er wohnt im Akademikerhaus zu zweit in einem Zimmer: «Mein neuer Kommilitone raucht sehr viel, er schnarcht in der Nacht, er hört gern Radio, ich aber rauche nicht, kann den Zigarettenrauch

nicht ertragen... Ich habe kein Radio, weil das Radiohören mich sowohl bei der Arbeit als auch bei der Erholung stört... In meiner Anwesenheit und ohne dass ich die Möglichkeit hatte, das Zimmer zu verlassen, haben die Kollegen öfter mit Kolleginnen körperliche Kontakte, und ich kann verstehen, dass sie ein «Recht» dazu haben. Ich kann verstehen, wenn der Kommilitone manchmal einen «natürlichen Geruch» verbreitet... Das Radio schreit, das Kind weint nebenan...» (Zycie Literackie, 4. 3. 1979, S. 3, Marek Strzala: Das halbe Leben im Akademikerhaus). Sowohl die Arbeiterhotels als auch die Assistentenhäuser haben eine sogenannte «Bewohner-Autonomie», das heisst, sie wählen den Vorstand selbst. «Die Bewohner-Autonomie ist eine Fiktion», heisst es im Brief eines Assistenten. «Niemand von den

Bewohnern des Assistentenhotels, mit denen ich spreche, kennt die Mitglieder des Bewohnerrates, nicht einmal vom Sehen... Die «Tätigkeit» des Bewohnerrates beschränkt sich also auf die Registrierung der «ausgeübten» Funktion in der Rubrik «gesellschaftliche Arbeit». (Ebenda)

Die Situation hat sich bis heute nicht gebessert, bei vielen Hochschulen sogar eher verschlechtert.

Art. 18 der Sowjetverfassung garantiert jedem Bürger einen Wohnraum – mit keinem besseren Resultat als in Polen; die polnische Verfassung von 1976 enthält ein entsprechendes Grundrecht nicht, weil dieses sowieso nicht eingehalten werden könnte, mindestens in diesem Jahrhundert nicht... Laszlo Révész

Vor einem Jahr lebte Pfarrer Popieluszko noch!

Das Schreckliche am blutigen Opfergang Jerzy Popieluszkos in den Tod hat weit über die Mordtat an dem lästigen Oppositionellen hinaus noch andere Dimensionen. Diese erst bringen den vollendeten Zynismus zum Ausdruck, der hinter der ganzen Untat stand: Sein Tod ist auch das Resultat der innen- und parteipolitischen Machtkämpfe. ZeitBild dokumentiert in dieser und den nächsten Ausgaben chronologisch die Ereignisse, die zur Tragödie führten.

Wie überall standen und stehen sich auch im Polen des Generals Jaruzelski Falken und Tauben gegenüber. Die Falken unter Führung des (ehemaligen) Innenministers Milewski wollten Pfarrer Popieluszko daran hindern, weiterhin seine antikommunistische staatsfeindliche Tätigkeit auszuüben, sie suchten und «fanden» bei einer Hausdurchsuchung belastendes Material und eröffneten gegen ihn am 12. Juli 1984 ein Strafverfahren wegen staatsfeindlicher Propaganda und illegalen Waffenbesitzes. Die Tauben wollten es mit der katholischen Kirche und dem Volk nicht ganz verderben, und sie wandten die Amnestie vom 21. Juli 1984 auch auf den Fall Popieluszko an. Für das Plenum der PVAP vom 26./27. Oktober 1984 planten sie die definitive Kaltstellung Milewskis. Wollten die Falken Milewski «retten», musste vorher etwas «geschehen». Das ging wie folgt:

■ Am 12. September 1984 veröffentlichte die «Izwestija» einen Bericht ihres Warschauer Korrespondenten L. Toporkow. Darin war zu lesen, dass die anlässlich des 40. Jahrestages der polnischen Volksrepublik verfügte Amne-

stie von einigen «Extremisten» als Zeichen der Schwäche gedeutet worden sei. «Kürzlich sprach der militante Pfarrer Popieluszko zu den Amnestierten: Ihr habt Euch erholt, jetzt ist es Zeit zu handeln.» Daran schloss Toporkow die Frage an, ob Popieluszko und andere «Seelsorger» ihre «subversive politische Tätigkeit» im Einverständnis mit der kirchlichen Hierarchie betreiben.

■ Am 19. September 1984 schrieb der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban unter dem Pseudonym Jan Rem in der Zeitschrift «Tu i Teraz» («Hier und jetzt»), über «Sessoren des Hasses», die «in der Kirche von Pfarrer Popieluszko veranstaltet» würden. «Ein Gefühl des politischen Hasses gegenüber Nachkriegs-Polen... hört unter Anleitung von Pfarrer Popieluszko nicht auf, die Menschen zu plagen wie ein innerer Wurm.»

■ Zwischen dem 20. und 25. September 1984 liess der damalige Sicherheitsdienst-Oberst Pietruszka seine Abteilungschefs Wolter und Piotrowski zu sich kommen und erklärte ihnen ganz aufgeregt: «Genug dieses Spiels mit Popieluszko und Malkowski, jetzt müssen wir energisch vorgehen. Die beiden sind bis an die Grenze eines Herzschlages zu schütteln.» Dazu fügte er bei: «Ich brauche wohl nicht beizufügen, dass das ein Entscheid von hoher Ebene ist», und er machte eine bezeichnende Handbewegung. (Prozessaussagen des ehemaligen Sicherheitsdienst-Hauptmanns Piotrowski.)

■ Am 1. Oktober 1984 wird im polnischen Sicherheitsdienst bekannt, dass die Kirchenleitung beabsichtigt, Pfarrer Popieluszko studienhalber für einige Zeit nach Rom zu senden.

Nachdem der eigentlich zuständige Sicherheitsdienst-Chef von Warschau bis dahin nichts gegen Popieluszko unternommen hatte, entschliesst sich sein «Aufseher» Piotrowski, das selber an die Hand zu nehmen; er gewinnt seine Mitarbeiter Chmielewski und Pekala zum Mitmachen. VP (Fortsetzung folgt)